

"Machtpolitik und Hegemoniestreben der USA": China und der NATO-Einsatz in Jugoslawien

Wacker, Gudrun

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wacker, G. (1999). "Machtpolitik und Hegemoniestreben der USA": China und der NATO-Einsatz in Jugoslawien. (Aktuelle Analysen / BIOst, 21/1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47965>

Nutzungsbedingungen:

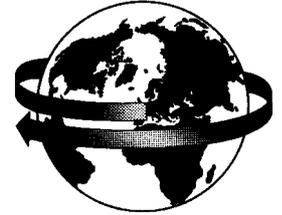
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 21/1999

24. Juni 1999

"Machtpolitik und Hegemoniestreben der USA"

China und der NATO-Einsatz in Jugoslawien

Zusammenfassung

Die ablehnende Haltung Chinas zu den NATO-Luftschlägen gegen Jugoslawien, die sich durch die Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad noch verhärtet hat, ist bekannt. Die Gründe für diese Ablehnung sind ähnlich gelagert wie im Falle Rußlands. Auch für Beijing ist die militärische Intervention der NATO nicht nur Beweis für das machtpolitische Streben der USA, sondern sie stellt auch einen gefährlichen Präzedenzfall dar, der möglicherweise künftig China selbst betreffen könnte. Entwicklungen auf Taiwan, im Südchinesischen Meer oder in den überwiegend von ethnischen Minderheiten bewohnten Regionen Tibet und Xinjiang könnten in Zukunft Anlaß für eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" Chinas von außen bieten. Abgesehen von der deutlich verschärferten anti-amerikanischen Stimmung, die sich in China registrieren läßt, hat die chinesische Führung aus der Lage im Kosovo offenbar für sich Schlußfolgerungen gezogen, die sich möglicherweise auf die Politik gegenüber den chinesischen Minderheitengebieten einerseits und auf die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte andererseits auswirken werden.

Die Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad bei einem der NATO-Luftangriffe in der Nacht vom 7. zum 8. Mai hat die Volksrepublik China direkt in den militärischen Konflikt involviert, damit die Situation kompliziert und die Aussichten auf eine internationale Lösung der Kosovo-Frage zunächst verschlechtert. In der westlichen Berichterstattung stand in diesem Zusammenhang v.a. die Empörung Chinas über diese militärische Fehlleistung, die sowohl in den offiziellen chinesischen Stellungnahmen als auch in anti-amerikanischen Demonstrationen in Beijing und anderen chinesischen Städten zum Ausdruck kam, im Vordergrund des Interesses. Angesichts der anti-westlichen Protestbekundungen blieb weitgehend unbemerkt, daß sich vor diesen Ereignissen eine gewisse Modifizierung in der Haltung der chinesischen Führung zu den NATO-Aktionen abzuzeichnen begonnen hatte.

Im folgenden soll zum einen der breitere Kontext skizziert werden, in den die Haltung der chinesischen Führung zu den NATO-Luftangriffen vor und nach der Zerstörung der chinesischen Botschaft einzuordnen ist, zum anderen wird zusammengefaßt, welche Schlußfolgerungen China aus der Situation in Jugoslawien für sich selbst gezogen hat. Dabei stehen solche Aspekte im Vordergrund, die über den Zeitrahmen der aktuellen Ereignisse hinausweisen.

Die chinesische Sichtweise des Konflikts in Jugoslawien

In den amtlichen und halbamtlichen Presseorganen der Volksrepublik China beschränkte sich die Berichterstattung über den Krieg in Jugoslawien in der Anfangsphase ganz darauf, die Luftangriffe der NATO als Verstoß gegen die UN-Charta und internationales Recht sowie als ungerechtfertigte "Einnischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens" zu präsentieren. Die Situation der Kosovo-Albaner und ihre Vertreibung wurden lediglich als "Vorwand" eingestuft, mit dem das westliche Verteidigungsbündnis sein Eingreifen rechtfertigte.¹

Während Rußland eine kulturelle, ethnische und religiöse Verbundenheit mit Jugoslawien für sich reklamiert,² trifft auf China dieser Aspekt nicht zu. Damit entfällt ein Faktor, der eine Parteinahme für Serbien auf emotionaler Ebene motivieren könnte. Übereinstimmung in den Positionen Rußlands und Chinas gibt es dagegen – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – mit Blick auf die ethnische Situation im jeweils eigenen Land und die dezidiert anti-amerikanische Einstellung gegen eine "unipolare Weltordnung".

Im Falle Chinas erklärt sich die entschiedene offizielle Ablehnung der NATO-Luftangriffe im wesentlichen aus der Kritik an *jeder* Maßnahme, die als "Einnischung in innere Angelegenheiten" betrachtet wird, wobei es im Kern darum geht, jeder Einnischung in *chinesische* innere Angelegenheiten grundsätzlich und von vornherein entgegenzuwirken.

Daß die NATO-Aktionen gegen Belgrad unter Umgehung des UN-Sicherheitsrates beschlossen wurden, wertet Beijing als ein weiteres Beispiel dafür, daß der Westen bzw. "die NATO unter Führung der USA" ohne Konsultation der internationalen Gemeinschaft agiert. Schon die Angriffe gegen den Irak im Dezember 1998 waren mit diesem Argument von chinesischer – wie auch von russischer – Seite kritisiert worden.³ Da die Volksrepublik ebenso wie die Russische Föderation einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat innehat, sieht sie sich durch Aktionen, die an diesem Gremium vorbei beschlossen werden, ihrer legitimen Rolle und ihres Mitspracherechtes auf internationaler Ebene beraubt. China hatte also grundsätzlich Interesse an einer politischen Lösung des Kosovo-Konflikts auf der Ebene der Vereinten Nationen.

In der chinesischen Perzeption stellt die NATO ein Produkt des kalten Krieges und ein mittlerweile überholtes Militärbündnis dar. Die ablehnende Haltung Moskaus gegen eine NATO-Osterweiterung war von Beijing unterstützt worden. Im Verein mit Moskau hat Beijing in den letzten Jahren regelmäßig mit dem Hinweis auf den unzeitgemäßen Charakter des westlichen Verteidigungsbündnisses alle Pläne für eine Ausweitung der NATO kritisiert. Als positive Gegenbeispiele zukunftsorientierter Sicherheitspolitik wurden dagegen die Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen und Truppenabbau entlang der gemeinsamen Grenzen angeführt, die zwischen der VR China einerseits und den direkt benachbarten GUS-Staaten Rußland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan in den Jahren 1996 und 1997 unterzeichnet wurden.⁴ Insbesondere für den asiatisch-pazifischen Raum haben Beijing und Moskau diese beiden multilateralen Vereinbarungen als Modell empfohlen.

Es fällt auf, wie stark von chinesischer Seite die Verantwortung für die NATO-Aktionen, die im Rückgriff auf Chinas Geschichte im 19. Jahrhundert auch als "Kanonenboot-Politik" bezeichnet wurden,⁵ den USA zugeschoben wird. Dies kommt nicht nur in der ständigen Wiederholung der

¹ Siehe z.B. Xinhua, 6.4.99, zit.n. *SWB FE/3503* (8.4.99), G/2-3.

² Siehe zu diesem Punkt Uwe Halbach: "Pro und contra Luftangriffe gegen Jugoslawien", *Aktuelle Analyse des BIOst*, Nr. 16/1999 (5.5.99).

³ Kyngé, James und John Thornhill: "Worries over 'hegemonic menace' grow", *Financial Times*, 19.-20.12.98, S. 2. Der damalige russische Ministerpräsident Primakov stellte im Dezember 1998 als Reaktion darauf in Neu Delhi den Vorschlag eines "strategischen Dreiecks" Rußland-Indien-China in den Raum, was allerdings weder in Beijing noch in Neu Delhi großen Enthusiasmus hervorrief. Siehe ITAR-TASS, 21.12.98, zit.n. *SWB SU/3416* (22.12.98), B/5.

⁴ Siehe z.B. Gang Liu: "Lishixing de zhongyao shike" [Ein historisch wichtiger Moment], *Renmin Ribao [RMRB]*, 27.4.96, S. 4.

Formulierung "die NATO unter Führung der USA" zum Ausdruck.⁶ Europa erscheint in chinesischen Darstellungen z.T. nur als ein willfähiges Werkzeug, das wissentlich oder unwissentlich den hegemonistischen Zielen Washingtons dient. Besonders deutlich zeigt sich dies in einem Artikel, der im südchinesischen Supplement der *Renmin Ribao* (Volkszeitung) am 29. April 1999 erschien. Neben Rußland wird hier Europa zum zweiten großen Verlierer des NATO-Einsatzes in Jugoslawien erklärt. Zunächst heißt es, die NATO habe die ethnische Säuberung im Kosovo "hochgespielt", um damit einen Vorwand für die Intervention zu schaffen. Das militärische Eingreifen sei ein Beweis für die neue NATO-Strategie, die auf Expansion ausgerichtet sei. Mit der Intervention im Kosovo sei es den USA gelungen, Westeuropa wieder unter ihrem Kommando zu versammeln und Mißtrauen zwischen Rußland und Europa zu säen. Während der Kurs des Euro im Laufe der Kriegshandlungen kontinuierlich gefallen sei, die Defizite der europäischen Staaten sich vergrößert hätten und das Vertrauen der Menschen in die ökonomische Erholung erschüttert worden sei, hätten es die USA nicht nur geschafft, eine Menge Waffen zu verkaufen, sondern auch ihre Währung zu stabilisieren.⁷ Die NATO erscheint in dieser Präsentation als Instrument der USA zur Durchsetzung und Wahrung rein amerikanischer Interessen.

Wie die Darstellung Europas als Verlierer im Konflikt der NATO mit Milošević zeigt, weist man in China den USA die Hauptinitiative und -verantwortung für die Umgehung des Sicherheitsrates zu und interpretiert das Vorgehen Washingtons als rein machtpolitisch motiviert. Hinter dieser Vorgehensweise der USA sieht China die Absicht, ein globales, von Washington geführtes Sicherheitssystem zu errichten. Als Mittel der USA bei der Umsetzung ihres "strategischen Ziels der Weltherrschaft" fungieren die NATO in Europa einerseits sowie starke militärische Präsenz und der Ausbau der Sicherheitsallianz mit Japan im asiatisch-pazifischen Raum andererseits.

Sowohl die NATO als auch das japanisch-amerikanische Sicherheitsbündnis haben sich in der chinesischen Perzeption von Defensiv- zu Offensivstrukturen gewandelt. Im Falle der NATO macht sich dies insbesondere an Passagen aus den Teilen II und III des "Strategischen Konzepts" vom 24. April 1999 fest, in denen von einem breiten Spektrum "militärischer und nicht-militärischer Konflikte" – darunter ethnische und religiöse Konflikte, territoriale Streitigkeiten und Menschenrechtsverletzungen – die Rede ist, die die Sicherheit der Allianz gefährden könnten.⁸ Auch durch die neuen Richtlinien des japanisch-amerikanischen Sicherheitsbündnisses, die im Mai 1999 vom japanischen Parlament ratifiziert wurden, werde, so Beijing, der Bereich der amerikanisch-japanischen Militärkooperation auf die gesamte asiatisch-pazifische Region ausgedehnt.

Mag die NATO für China auch keine *direkte* Bedrohung darstellen, so sieht Beijing im Lichte der erneuerten amerikanisch-japanischen Allianz und der neuen NATO-Strategie, die beide als Instrumente zur Durchsetzung amerikanischer Interessen interpretiert werden, in Jugoslawien bzw. dem Kosovo doch einen Präzedenzfall für ein mögliches militärisches Eingreifen des politischen Westens bzw. der Vereinigten Staaten auch in China.

Eine wichtige Rolle im chinesischen Diskurs spielen dabei insbesondere die Pläne der USA, einen Raketenabwehrschirm (Theater Missile Defence, kurz: TMD) in Nordostasien zu installieren, und zwar entweder in Japan oder mobil zur See – und dies unter Einbeziehung Südkoreas und v.a. auch Taiwans.⁹ Bislang existiert TMD zwar nur "virtuell", und die Realisierung scheint alles andere als

⁵ Siehe z.B. [o. Verf.:] "Hegemony undermines arms control", *China Daily* (Internet-Ausgabe), 28.5.99 (<http://www.china-daily.net/cndy/history/d1-5new.e28.html>, download: 28.5.99).

⁶ Diese findet sich in praktisch allen chinesischen Artikeln zu den NATO-Luftschlägen gegen Jugoslawien.

⁷ Siehe *RMRB* (*Guangzhou South China News Supplement*), 29.4.99, S. 2, zit.n. *SWB FE/3523* (1.5.99), G/4-5. Eine ähnliche Position wird vertreten in *RMRB*, 21.5.99, S. 6, zit.n. *SWB FE/3543* (25.5.99), G/1.

⁸ Siehe "NATO Alliance Strategic Concept", 24.4.99 (<http://www.state.gov/www/regions/eur/nato/>; download: 23.6.99). Passagen aus den Teilen II ("Strategic Perspectives") und III ("The Approach to Security in the 21st Century") wurden in dem *RMRB*-Artikel vom 29.4.99 zitiert.

⁹ Siehe zur amerikanisch-japanischen Sicherheitsallianz und TMD: Thomas J. Christensen: "China, the U.S.-Japan Alliance, and the Security Dilemma in East Asia", *International Security*, Vol. 23, No. 4 (Spring 1999), S. 49-80.

gesichert,¹⁰ allein die Diskussion der Pläne mit einer möglichen Beteiligung Taiwans jedoch hat die chinesische Seite zu heftigen Protesten veranlaßt.¹¹ Verschiedentlich gaben Vertreter Rußlands und Chinas Erklärungen ab, in der ein solches Vorhaben als Verstoß gegen den ABM-Vertrag von 1972 bezeichnet wurde.¹²

Kosovo und die ethnische Situation in China

Die chinesische Führung hat offenbar in zwei Bereichen Lehren für das eigene Land aus der Lage im Kosovo und den NATO-Luftangriffen gezogen, nämlich im Bereich der militärischen Modernisierung und im Bereich der eigenen Minderheitenpolitik.

Ca. 8% der Bevölkerung Chinas gehören zu den offiziell anerkannten "nationalen Minderheiten", das heißt, sie sind keine Han-Chinesen. Von den Regionen an der Peripherie Chinas, in denen nicht-chinesische Völker in größerer Konzentration leben, gilt neben Tibet insbesondere die Autonome Region Xinjiang-Uighur im Nordwesten des Landes als politisch instabil. In den letzten Jahren ließ sich eine Radikalisierung separatistisch orientierter Gruppierungen unter den islamischen Völkern dieser Region verzeichnen. Die chinesische Führung reagierte auf Unruhen, Attentate und Bombenanschläge mit Repressionsmaßnahmen, Razzien und Hinrichtungen. Diese ethnischen Probleme im eigenen Land sind ein Grund dafür, daß Beijing im Kosovo einen gefährlichen Präzedenzfall für eine mögliche künftige militärische Intervention des Westens bzw. der USA zugunsten dieser Minderheiten sieht. V.a. das internationale Ansehen und die Sympathien, die der Dalai Lama als Haupt der tibetischen Exilregierung genießt, halten das Bewußtsein für Menschenrechtverletzungen gegenüber ethnischen Minderheiten in der Weltöffentlichkeit wach, was für die Führung in Beijing ständiger Stein des Anstoßes ist.

Wie wahrscheinlich oder unwahrscheinlich ein stärkeres westliches Engagement oder gar ein militärisches Eingreifen zugunsten Tibets oder Xinjiangs ist, sei dahingestellt. Interessanterweise ließ sich aber Anfang Mai eine gewisse Modifikation in der chinesischen Berichterstattung und in den offiziellen Stellungnahmen zu den NATO-Luftangriffen erkennen. Nachdem die Frage der Kosovo-Albaner und ihrer Vertreibung zunächst praktisch ganz ausgespart blieb bzw. die Flüchtlingswelle und die "humanitäre Katastrophe" nicht als Auslöser, sondern als Folge eben dieser Bombardements dargestellt wurden,¹³ fiel die Kritik an den NATO-Luftschlägen nun nicht mehr ganz so pauschal aus, und die Situation der albanischen Minderheit in Jugoslawien und der Flüchtlinge floß teilweise mit in die Berichterstattung ein.

Sowohl außen- als auch innenpolitische Gründe dürften für diesen Sinneswandel ausschlaggebend gewesen sein: der Wunsch nach Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu islamischen Staaten und die ethnische Situation in China selbst. Im April hatte Li Peng verschiedene islamische Länder besucht (u.a. die Türkei, Syrien und Pakistan). Bei einem anschließenden Besuch in Thailand äußerte er offenbar erstmals die Meinung, die chinesische Regierung sei grundsätzlich gegen Massaker und die Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat.¹⁴ Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji versprach bei seinem Besuch in den USA Anfang April, die Berichte über ethnische Säuberung, die ihm Madeleine Albright übergeben hatte, genau zu studieren.¹⁵ China trete dafür ein, so verlautete aus dem chinesischen Außenministerium wiederholt, Jugoslawiens Souveränität und territoriale

¹⁰ Die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright äußerte denn auch, China solle aufhören, sich Sorgen zu machen "über eine Entscheidung, die noch nicht gefallen ist, zur Installierung von Verteidigungstechnologien, die noch nicht existieren". [o. Verf.:] "China says US missile defence plan 'last straw'", *Asian Defence Journal*, April 1999, S. 55.

¹¹ Siehe Artikel aus *China Daily*, 20.1.99, A1, *Jiefang Ribao*, 20.1.99, P5; sowie *China Daily*, 18.1.99, A4 ["US-Japanese Security Cooperation"], zit.n. *NAPSNet Daily Report*, 21.1.99 (<http://www.nautilus.org/napsnet/dr/index.html>; per E-mail).

¹² Siehe z.B. Associated Press, zit.n. *NAPSNet Daily Report*, 15.4.99 (per E-mail); siehe auch ITAR-TASS, 22.10.98, zit.n. *SWB SU/3365* (23.10.98), B/12.

¹³ Siehe z.B. Chinesisches Zentralfernsehen, 6.4.99, zit.n. *SWB FE/3503* (8.4.1999), G/1; und Xinhua, 6.4.99, zit.n. *SWB FE/3503* (8.4.99), G/2-3.

¹⁴ Siehe dazu John Pomfret: "China's Softer NATO Line", *IHT*, 8./9.5.99, S. 5.

¹⁵ Siehe AFP, 21.4.99. Nach dieser Meldung erschienen erste Artikel über die Verfolgung der Kosovo-Albaner in der *China Economic Times* und *China Daily*.

Integrität zu respektieren und gleichzeitig "die legitimen Rechte und Interessen aller ethnischen Gruppen im Kosovo einschließlich der Albaner zu garantieren". Externe Militärinterventionen aber seien keine Lösung für ethnische Probleme.¹⁶ Vermutlich trug auch die Mittlerrolle, die Rußland – der "strategische Partner Chinas" – in der Person Tschernomyrdins im Kosovo-Konflikt übernahm, mit dazu bei, daß Beijing von seiner völlig undifferenzierten Position abrückte.

Wichtiger noch als die Modifizierung in den chinesischen Stellungnahmen ist ein bislang kaum beachteter Aspekt, nämlich daß die Partei daraus offenbar auch praktische Konsequenzen zog: Es wurden zwei spezielle Komitees eingerichtet, die bis Ende Juni politische Vorschläge für Tibet und Xinjiang ausarbeiten sollen.¹⁷ Derzeit ist allerdings noch nicht abzusehen, in welche Richtung diese Empfehlungen gehen und ob sie zu einer verstärkten finanziellen Unterstützung der beiden Regionen führen werden. Trotz Öffnung Xinjians und Tibets für Handelsbeziehungen zu den angrenzenden Ländern und stärkerer Berücksichtigung im Haushalt v.a. der überwiegend islamischen Region im Nordwesten seit Anfang der 90er Jahre haben sich der Entwicklungsabstand und das regionale Gefälle zu den Küstengebieten nicht verringert.

Das Kosovo und die chinesischen Streitkräfte

Der zweite Bereich, in dem die chinesische Führung möglicherweise Konsequenzen aus den NATO-Luftangriffen ziehen wird, ist das Militär. Ab Mitte der 80er Jahre hatten angesichts der wachsenden Entspannung zwischen den beiden Supermächten und der langsamen Wiederannäherung zwischen Moskau und Beijing ein Umdenken und erste Modernisierungsbemühungen in den chinesischen Streitkräften eingesetzt. Der zweite Golf-Krieg im Jahr 1991 war für die chinesische Militärführung insofern ein Schock, als die USA eindrucksvoll die Möglichkeiten moderner Waffentechnologie demonstrierten. Die Erkenntnis der eigenen Rückständigkeit in diesem Bereich führte in der Folge zu einer grundlegenden Reorganisation sowie verstärkten Modernisierungsanstrengungen in der Volksbefreiungsarmee (VBA). Nachdem die offiziell ausgewiesenen Militärausgaben Chinas in den 80er Jahren nur geringe Zuwächse, z.T. sogar einen leichten Rückgang zu verzeichnen hatten, waren die 90er Jahre geprägt von zweistelligen Steigerungsraten und dem Bemühen, eine Professionalisierung der chinesischen Streitkräfte zu erreichen. Aufrüstungs- und Modernisierungsmaßnahmen bezogen sich insbesondere auf den Ausbau der Luft- und Seestreitkräfte sowie die Umwandlung einzelner Einheiten in *rapid reaction forces*, die bei lokal begrenzten Konflikten von niedriger Intensität, wie sie als wahrscheinlichste Konfliktszenarien in den nächsten Jahrzehnten betrachtet wurden, flexibel eingesetzt werden können.

Aus den NATO-Luftangriffen hat Chinas Militärführung den Schluß gezogen, daß das Land völlig unzulängliche Verteidigungskapazitäten gegen solche Angriffe aus der Luft besitzt. Bereits vor der Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad waren erste Artikel erschienen, die Defizite in dieser Hinsicht konstatierten. Das Bombardement der chinesischen Botschaft verlieh Forderungen nach Gegenmaßnahmen deutlich Gewicht. Als mögliche Konfliktzonen wurden neben den oben schon erwähnten Gebieten Tibet und Xinjiang explizit Taiwan und das Südchinesische Meer benannt. Auch für Nord-Korea sehen chinesische Militärs die Gefahr eines amerikanischen Eingreifens.¹⁸ China könne, so verlautete aus chinesischen Militärkreisen, nur durch Kontrolle des Luft- und Meeresraumes seine Ansprüche auf diese Gebiete glaubhaft untermauern. Nach der Zerstörung der chinesischen Botschaft wurde gemeldet, daß Offiziere und Mannschaften der VBA ihre Entschlossenheit schworen, die nationale Verteidigung zu stärken, die Modernisierung der Armee voranzutreiben und die nationale Souveränität und territoriale Integrität gegen jeden Angriff zu

¹⁶ Siehe z.B. Xinhua, 6.5.99, zit.n. *SWBFE/3529* (8.5.99), G/1.

¹⁷ John Pomfret: "China's Softer NATO Line", S. 5.

¹⁸ Siehe Willy Wo-lap Lam: "Fears North Korea Nato's next target", *South China Morning Post [SCMP]* (Internet-Ausgabe), 28.5.99, S. 2 (<http://www.scmp.com/news/China-Template.idc?artid=19990528024005020&top=china&template=Default.htm&max; download: 28.5.99>).

verteidigen.¹⁹ Als Reaktion auf die NATO-Luftschläge gegen Jugoslawien könnten der Entwicklung von Mittel- und Langstreckenraketen, Aufklärungssatelliten usw. stärkeres Gewicht

¹⁹ *Jiefang Ribao*, 10.5.99, zit.n. *NAPSNet Daily Report* (per E-mail), 12.5.99.

eingerräumt werden.²⁰ Wie es heißt, hat Präsident Jiang Zemin dem Militär bereits seine Unterstützung in dieser Frage zugesagt.²¹

Der Armee geht es sicher auch darum, die Bewilligung höherer Verteidigungsausgaben im Haushalt durchzusetzen: Im Juli 1998 war sie angewiesen worden, ihre geschäftlichen Unternehmungen aufzugeben bzw. sie ziviler Kontrolle zu unterstellen. Selbst wenn dieser Anordnung nicht in vollem Umfang Folge geleistet wurde – und davon ist auszugehen –, sind der VBA dadurch erhebliche Einnahmeverluste entstanden. Bislang erhielt sie dafür keine finanzielle Kompensation – zumindest nicht über den Haushalt auf zentraler Ebene.²² Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß das Militär den Krieg im Kosovo auch instrumentalisiert, um seinen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Für eine abschließende Einschätzung der Konsequenzen, die Chinas Führung aus den NATO-Aktionen in Jugoslawien gezogen hat, ist es zu früh. Es bleibt abzuwarten, welche Maßnahmen in bezug auf die Minderheitengebiete getroffen werden, ob das Militär tatsächlich deutlich höhere finanzielle Zuwendungen erhält oder mehr Einfluß auf die Außenpolitik Beijings gewinnt, wie dies vermutet wurde. Was das Verhältnis Chinas zu den USA betrifft, so hieß es in einem Leitartikel der *Renmin Ribao*, China müsse mit den Vereinigten Staaten kooperieren – "sowohl gegen den Hegemonismus kämpfen als auch die Beziehungen zu den USA entwickeln".²³ In diesem Spannungsbogen kommen widerstreitende ökonomische, innen- und außenpolitische Interessen und Zielsetzungen Chinas zum Ausdruck, die quer durch Chinas politische und militärische Führung gehen und das Verhältnis Beijings zu Washington auch weiter prägen werden.

Gudrun Wacker

²⁰ Siehe Willy Wo-Lap Lam: "Fears North Korea NATO's next target", S. 2 von 2. Der australische Verteidigungsminister John Moore, der nach dem 7. Mai als erster westlicher Militärvertreter China besuchte, vermutete, daß in der VBA ein Umdenken eingesetzt habe. Siehe David Murphy: "Bombing produces rethink", *SCMP* (Internet-Ausgabe), 26.5.99, S. 1 von 1 (<http://www.scmp.com/news/template/templates.idc?artid=1999052502530050&t.../2350/>, download: 28.5.99).

²¹ Siehe Willy Wo-Lap Lam: "Fears North Korea NATO's next target", Seite 1 von 2.

²² Siehe zu diesem Thema Susan V. Lawrence und Bruce Gilley: "Bitter Harvest", *Far Eastern Economic Review*, 29.4.99, S. 22-26.

²³ Siehe *RMRB* (Internet-Ausgabe), 3.6.99 (http://www.snweb.com/gb/people_daily/gbrm.htm; download 20.6.99).